

AUGE/UG	<i>Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohns</i>
Antrag 3	
Zuweisung	Ausschuss für für Allgemeine Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik

Im Antrag wird die Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Höhe von mindestens € 7,- brutto pro Arbeitsstunde gefordert.

Die Forderung nach höheren Mindestlöhnen wird von allen Ausschussmitgliedern grundsätzlich unterstützt und darauf hingewiesen, dass am ÖGB-Bundeskongress die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1100 Euro/Monat erhoben wurde. Weiters wird auf das Sozialpartnerübereinkommen vom letzten Jahr hingewiesen, in dem – aufbauend auf dem Regierungsprogramm – die Erreichung von kollektivvertraglichen Mindestlöhnen in Höhe von 1000 Euro/Monat bis 2009 vereinbart wurde.

Die Mehrheit der Ausschuss-Mitglieder spricht sich allerdings – anders als im Antrag vorgesehen – gegen eine gesetzliche Lohnregelung („gesetzlicher Mindestlohn“) aus. Vor allem wird auf die Gefahr hingewiesen, dass eine derartige gesetzliche Regelung in den Niedriglohnbranchen zu einer Weigerung der Arbeitgeber zum Abschluss (zusätzlicher) Kollektivverträge führen könnte, mit allen damit verbundenen negativen Folgen für die ArbeitnehmerInnen, da in Kollektivverträgen viel mehr geregelt ist als nur eine unterste Lohnstufe (weitere Lohnstufen, Sonderzahlungen, Zulagen, Kündigungsfristen, etc). Das über Jahrzehnte bewährte Instrument der kollektivvertraglichen Lohnverhandlung soll beibehalten werden und allenfalls das Instrumentarium zum Lückenschluss (Satzung, Mindestlohntarif, etc,) verbessert werden.

Von der antragstellenden Fraktion wird in der Diskussion vor allem darauf hingewiesen, dass es in 20 von 27 EU-Staaten einen gesetzlichen Mindestlohn gibt und dass mit der Forderung nach Einführung eine gesetzlichen Mindestlohns keineswegs eine Schwächung der Gewerkschaften beabsichtigt ist. Dem wird entgegen gehalten, dass es in diesen Ländern keine mit Österreich vergleichbare Kollektivvertragsdichte gibt und dass ein gesetzlicher Mindestlohn über kurz oder lang sehr wohl zu einer Schwächung der Gewerkschaften führen könnte.